



Frau Ministerin

Barbara Steffens

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege
und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen

Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Hagen, 14.08.2015

Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD)

Sehr geehrte Frau Ministerin Barbara Steffens,

wir sind ein kleiner von fünf betroffenen Eltern ehrenamtlich geführter Verband in Nordrhein Westfalen und betreuen ca. 2.000 betroffene Eltern und Angehörige von drogenkranken Menschen. Wir werden im kommenden Jahr 25 Jahre alt und sehen uns in der Elternselbsthilfe stark verwurzelt und integriert und arbeiten mit der professionellen Suchthilfe NRW eng zusammen.(www.arwed-nrw.de)

Mit Verwunderung haben wir zur Kenntnis genommen, dass Herr Staatssekretär Horst Laumann das bewährte Modell der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland in Trägerschaft von anerkannten Patientenorganisationen abschaffen will.

Durch unsere drogenkranken Kinder und Angehörige benötigen nicht nur wir, als auch unsere drogenkranken Familienmitglieder, immer wieder Rat von unabhängigen und spezialisierten Beratern. Wir denken, Sie können sich vorstellen, welchen seelischen und physischen Belastungen man als Eltern oder Angehöriger ausgesetzt ist, um dem Drogenkranken alle nur erdenkliche Hilfestellung zukommen zu lassen.

Durch die vorgesehene Vergabe an einen kommerziellen Dienstleister, zu dessen Hauptauftraggeber neben den gesetzlichen Krankenkassen auch Pharma - Unternehmen gehören, sehen wir, als auch unsere betroffenen Eltern und Angehörige, künftig den Nachweis im § 65g SGB V geforderten Neutralität und Unabhängigkeit nicht mehr als gegeben an.

Wir sehen es als wichtig an, dass eine echte Unabhängigkeit, insbesondere auch von Interesse der Kostenträger, für Ratsuchende gewahrt wird.

Ein Anbieter, der schon heute im Auftrag der gesetzlichen Krankenkassen Dienstleistungen erbringt, ist als Träger für Unabhängige Patientenberatung nicht glaubwürdig.

Aus unserer Sicht entsteht unausweichlich ein Interessenskonflikt, der auch von der politischen Seite nicht gewünscht sein sollte.

Wir bitten Sie, uns zu unterstützen, dass die bevorstehende Umstrukturierung der UPD in dieser Weise nicht stattfindet und dass weiterhin ein tatsächlich unabhängiges und neutrales Gremium weiter bestehen bleibt. Die Beratung sollte auch künftig von einer Organisation durchgeführt werden, die den Interessen der Patientinnen und Patienten verpflichtet ist.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Odenthal
Vorsitzender
Arwed e.V.

Zusätzlich als E-Mail: Barbara.Steffens@mgepa.nrw.de